

Diese Kopie wird nur zur rein persönlichen Information überlassen. Jede Form der Vervielfältigung oder Verwertung bedarf der ausdrücklichen vorherigen Genehmigung des Urhebers © by the author

S Ü D W E S T R U N D F U N K

F S - I N L A N D

R E P O R T M A I N Z

S E N D U N G:

25.08.2015

<http://www.reportmainz.de>

Kampf um Wohnraum: Wohin mit anerkannten Flüchtlingen?

Autoren: Eric Beres
Oliver Heinsch
Ulrich Neumann

Kamera: Roman Hauska
Orlando Hoppe
Thomas Schäfer
Markus Windmeier

Schnitt: Steffen Steup

Moderation Fritz Frey:

Sie fühlen sich vertrieben, müssen ihre Wohnungen verlassen. Hier werden Flüchtlingsunterkünfte neu gebaut.

O-Ton, Heinz Opp, Anwohner:

»Da kriegt man halt den Zorn auf die Asylanten, auf die Flüchtlinge, persönlich, das ist aber, glaube ich, auch irgendwie verständlich.«

Guten Abend zu REPORT MAINZ. Ob dieser Zorn am Ende wirklich verständlich ist, das sei mal dahingestellt. Auf jeden Fall mehren sich beschämende Meldungen wie zum Beispiel „Rechtsextremist uriniert auf Flüchtlingskinder“ oder „Brandanschlag auf geplante Flüchtlingsunterkunft“.

Und weil das so ist, ist es höchste Zeit, dass zu gut gemeinten Appellen und Symbolpolitik mehr konkrete Entscheidungen hinzukommen. Denn diese Zahl von den mindestens 800.000 Flüchtlingen, die in diesem Jahr allein nach Deutschland kommen werden, diese Zahl flößt Respekt ein.

800.000, das sind mehr Menschen als die Stadt Frankfurt am Main Einwohner hat. Etliche von diesen 800.000 werden bleiben, und wo sollen die Menschen dann wohnen?

Eric Beres, Oliver Heinsch und Ulrich Neumann sind dieser Frage nachgegangen.

Bericht:

Ludwigshafen, im Stadtteil Mundenheim. Da, wo die Stadt eigentlich schon aufhört, am Rande, da leben sie – schon lange. Doch jetzt müssen die Bewohner hier plötzlich raus.

O-Ton, Gerhard Weingärtner, Anwohner:

»Wo sollen wir hin? Es sind fast vierzig Jahre, die ich hier wohne.«

Frage: Sie werden einfach rausgeschmissen?

O-Ton, Nicolaus Röder, Anwohner:

»Ja. Wir müssen raus, damit Platz wird für andere.«

Frage: Für wen?

O-Ton, Nicolaus Röder, Anwohner:

»Ich sag lieber nichts.«

Was passiert hier gerade? Die Siedlung wurde vor 50 Jahren als Notunterkunft für Obdachlose gebaut. Viele sind hier geblieben, haben Arbeit gefunden, Kinder bekommen und sich hier eingerichtet.

O-Ton, Markus Trabold, Anwohner:

»Ich muss meine Wohnung verlassen, und da werden Asylantenwohnungen gemacht. Das finde ich nicht in Ordnung!«

Die Häuser waren schon lange marode, sollten irgendwann weg. Aber erst jetzt werden sie tatsächlich abgerissen. Hier sollen Wohnungen für Flüchtlinge entstehen.

Auch Altenpflegerin Tanja Zeiß und ihre Mutter, die als Putzfrau arbeitet, haben den Eindruck wegen Flüchtlingen das zu verlieren, was sie sich über Jahre erarbeitet haben. 80 Quadratmeter für sechs Personen, 400 Euro im Monat.

O-Ton, Tanja Zeiß, Anwohnerin:

»Es ist klein, aber fein.«

Frage: Wie sind die Chancen, hier in Ludwigshafen wieder etwas zu finden?

O-Ton, Ramona Zeiß, Anwohnerin:

»Ja, schlecht!«

O-Ton, Tanja Zeiß, Anwohnerin:

»Ganz schlecht. Entweder sind die Mieten zu hoch und die Wohnungen zu klein. Weil wir brauchen ja vier Zimmer Küche und Bad.«

Frage: Und was machen Sie, wenn Sie nichts finden für das Geld?

O-Ton, Ramona Zeiß, Anwohnerin:

»Keine Ahnung.«

Sozial Schwache, die für Flüchtlinge weichen müssen. Sozialer Sprengstoff. Ludwigshafen ist in dieser Art wohl ein extremer Einzelfall. Doch zeigt sich hier etwas, was bald häufiger in Deutschland droht?

Bezahlbarer Wohnraum ist heute so knapp wie nie zuvor. Beispiel Sozialwohnungen: Innerhalb von nur zehn Jahren ist die Anzahl dieser Wohnungen dramatisch gesunken. Ein Minus von 40 Prozent.

Was bedeutet das angesichts der dramatisch steigenden Flüchtlingszahlen?

Matthias Günther. Der Wissenschaftler aus Hannover beschäftigt sich seit langem mit den Chancen einkommensschwacher Menschen auf dem Wohnungsmarkt.

O-Ton, Matthias Günther, Wirtschaftswissenschaftler:

»Die ganzen Flüchtlinge, die im Moment in den Übergangseinrichtungen sind, in den Gemeinschaftsunterkünften, die kommen eigentlich erst nächstes Jahr so richtig auf den normalen Wohnungsmarkt. Also bei dem gegenwärtigen Bauniveau ist klar mit einer Verschärfung der Konkurrenzsituation zu rechnen.«

O-Ton, Ausruf Mitarbeiter des Landesamts:

»Saheb Achmed. Saheb Achmed.«

Berlin, vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales. Flüchtlinge werden aufgerufen und registriert. Hunderte – jeden Tag. Sie sind froh, es ins sichere Deutschland geschafft zu haben.

O-Ton, Flüchtling:

»Deutschland ist sehr gut und sehr nett.«

Wenige Meter entfernt: Lange Schlangen vor einer Beratungsstelle der evangelischen Kirche. Hier wird Flüchtlingen geholfen, eine eigene Wohnung zu finden. Bundesweit ein fast einmaliges Projekt – finanziert vom Land Berlin.

Dem Ansturm ist man schon jetzt kaum noch gewachsen.

Frage: Was ist denn die Schlange hinter Ihnen?

O-Ton, Frederike Subklew-Sehume, Leiterin Beratungsstelle:

»Die Schlange im Moment hinter Ihnen sind alles Leute, die heute keine Nummer gekriegt haben und keinen Termin haben und sozusagen heute nicht dran kommen können, zu einem neuen Sprechtag wieder kommen müssen.«

Frage: Die Sie wegschicken müssen?

O-Ton, Frederike Subklew-Sehume, Leiterin Beratungsstelle:

»Die wir wieder weg schicken müssen.«

Frage: Das muss doch frustrierend sein?

O-To, Frederike Subklew-Sehume, Leiterin Beratungsstelle:

»Ja, ist es auch.«

Sie haben Glück. Der Sicherheitsdienst ruft sie zur Beratung.

O-Ton, Mitarbeiter Beratungsstelle:

»Nummer 260.«

Weil sie schon länger als drei Monate in Berlin sind, dürfen sie sich eine eigene Wohnung suchen. Das soll auch Flüchtlingsunterkünfte entlasten.

Doch auch in Berlin ist preiswerter Wohnraum extrem knapp. Mindestens doppelt so viele Wohnungen würden hier allein für die Flüchtlinge gebraucht.

Wir treffen eine junge syrische Familie, als Flüchtlinge anerkannt, in einem Übergangwohnheim der evangelischen Kirche. Er ist Dekorateur, sie Studentin. Sie sind seit einem Jahr in Berlin, erwarten ihr zweites Kind. Verzweifelt suchen sie schon monatelang nach einer Wohnung. Erfolglos. Deshalb leben sie bis heute auf 21 Quadratmetern mit Gemeinschaftküche.

O-Ton, Mohammad al Mthyab, syrischer Flüchtling:

»Ich habe keine Hoffnung mehr, eine Wohnung zu finden. Wir haben wirklich viel gesucht, waren in vielen Hausverwaltungen. Aber immer wieder wurden wir abgelehnt.«

O-Ton, Rehan al Fashtaki, syrischer Flüchtling:

»Das hier ist keine richtige Wohnung, eine eigene wäre wirklich besser. Das ist unser größtes Problem.«

Mit der erfolglosen Suche haben viele Familien zu kämpfen, sagt die Heimleiterin. Ein Jahr dauere es mindestens, manchmal sogar sehr viel länger.

O-Ton, Christiane Wahl, Leiterin Übergangwohnheim:

»Ich habe aber auch schon Familien begleitet, früher in einer anderen Einrichtung, die durchaus mit mehreren Kindern zwei, drei Jahre sogar im schlimmsten Fall gebraucht haben. Und das, können Sie sich vorstellen, ist natürlich für die Familie eine Belastung, aber auch gerade für die Kinder.«

Drei Jahre bis zur eigenen Wohnung! Dabei kommen immer mehr Flüchtlinge nach Deutschland. Und Immer mehr von ihnen werden bleiben. Der Anteil der anerkannten Flüchtlinge unter allen Asylsuchenden ist in den letzten fünf Jahren von 16 auf 35 Prozent gestiegen.

Die Organisation Pro Asyl schätzt, dass dieser Anteil angesichts der vielen Kriegsflüchtlinge noch weiter steigen wird.

O-Ton, Günter Burkhardt, Pro Asyl:

»Die Politik hat lange Jahre die Augen davor verschlossen. Vor der Tatsache, dass bezahlbarer Wohnraum generell für Menschen mit geringem Einkommen in den Ballungsräumen fehlt. Niemand kann eine Konkurrenz wollen zwischen den Schwächsten der Schwachen.«

Zurück nach Ludwigshafen-Mundenheim. Die meisten Bewohner der alten Häuser sind ausgezogen. Einige Anwohner in normale Wohnungen. Doch andere hat es in diese benachbarten Wohnblöcke verschlagen: Notunterkünfte. Ein Abstieg, wie sie finden.

Tanja Zeiß führt uns in eines der Häuser zu ihrem Freund. Statt mit seiner Familie im alten Haus lebe er jetzt in dieser Wohn-WG für Obdachlose. Ohne richtige Heizung. Ohne eigene Dusche. Im Keller gebe es drei Duschen für alle im Haus, erzählen sie.

O-Ton, Tanja Zeiß, Anwohnerin:

»Das ist jetzt ein Zimmer. Normal sind in so einem Raum zwei Personen.«

Frage: Und wie finden Sie das, dass sie jetzt da drüben mit der Familie raus müssen?

O-Ton, Marcel Dietz, Anwohner:

»Scheiße.«

Frage: Warum? Die Flüchtlinge müssen doch auch irgendwo hin?

O-Ton, Marcel Dietz, Anwohner:

»Ich habe nichts gegen die. Das dreht sich da drum: Die schmeißen uns da unten raus. Ich kriege eine Wohnung ohne Dusche. Die kriegen da unten neue Dinger hin gebaut mit Dusche und Heizung und was weiß ich alles.«

Sie fühlen sich vertrieben wegen der Flüchtlinge. Diese Vorgänge in ihrem Stadtteil sieht die evangelische Pfarrerin von Mundenheim mit großer Sorge. Das hätte so nicht passieren dürfen, sagt sie.

O-Ton, Birgit Kiefer, Christuskirchengemeinde Mundenheim:

»Gleichzeitig wird das jetzt abgerissen und es wird etwas Neues gebaut für Flüchtlinge. Und es entsteht der Eindruck, wir müssen gehen, wir müssen unsere Heimat verlassen, und für die, die da kommen, wird jetzt was Neues gebaut.«

Tübingen. Noch eine Stadt, die aus allen Nähten platzt. Die Wirtschaft boomt. Selbst Arbeitnehmer und Studenten finden hier kaum günstigen Wohnraum.

In seiner Stadt muss Oberbürgermeister Boris Palmer bis Ende des Jahres Hunderte neue Flüchtlinge unterbringen. Jetzt will er hart durchgreifen. Gegen Wohnungsleerstand. Treffen mit einem Immobilienbesitzer.

O-Ton, Boris Palmer, B'90/Grüne, Oberbürgermeister Tübingen:

»Was ist denn mit Heizung so? Alles abgeklemmt, aber noch da?«

O-Ton, Robert Weihing, Immobilienbesitzer:

»Genau.«

Mit wenig Aufwand ist das Gebäude also schnell nutzbar. 300 qm – mehrere Wohnungen für Flüchtlinge könnten hier entstehen. Obwohl das Haus schon seit zwei Jahren leer steht, hat es der Besitzer erst jetzt der Stadt angeboten.

O-Ton, Robert Weihing, Immobilienbesitzer:

»Dass das wirklich so eine Art Notstand und dass die Leute in Turnhallen untergebracht werden, das ist für mich neu. Also neu heißt: Das ist erst in den letzten paar Wochen so richtig aufgekommen.«

Viele andere Wohnungsbesitzer sehen den Ernst der Lage noch immer nicht, sagt der Oberbürgermeister. Bis zu 700 Wohnungen stehen in seiner Stadt leer. Jetzt droht er mit drastischen Maßnahmen.

O-Ton, Boris Palmer, B'90/Grüne, Oberbürgermeister Tübingen:

»Jetzt kann man nicht mehr einfach nur sagen, das ist mein Eigentum. Das geht niemand etwas an. Wir sind alle gefordert, die Menschen in der Stadt unterzubringen. Im schlimmsten Fall, bevor wir Obdachlosigkeit riskieren müssten, dann wäre eben auch eine Beschlagnahmung für ein halbes Jahr ein Mittel.«

Wohnungen beschlagnahmen für Flüchtlinge. Seitdem Boris Palmer darüber öffentlich redet, bekommt er viele Hassmails – mit ganz viel brauner Soße, sagt er. Aber auch er gibt zu, die steigende Zahl der Flüchtlinge lange völlig falsch eingeschätzt zu haben

O-Ton, Boris Palmer, B'90/Grüne, Oberbürgermeister Tübingen:

»Niemand in Deutschland hat es richtig gemacht. Denn niemand hat vorhergesehen, wie viele Menschen zu uns kommen. Wir reagieren jetzt immer nur hinterher. Wir lösen Probleme, wenn es eigentlich schon zu spät ist. Das ganze System ist aus den Fugen geraten.

Das ist genau die Gemengelage, aus der Sprengstoff entsteht, auch sozialer Sprengstoff.«

Immer mehr Flüchtlinge und niemand weiß, wie sie dauerhaft untergebracht werden können. Kommunen und Länder sind überfordert. Ein bundesweites Problem.

O-Ton, Matthias Günther, Wirtschaftswissenschaftler:

»Natürlich bereitet es einem schon ein sehr großes Unbehagen, wenn man sieht, wie langsam eigentlich die Politik dann reagiert auf solche Entwicklungen. Und wie es denn gelingen kann, diese Menschen in den normalen Wohnungsmarkt zu integrieren, ist mir im Moment ein Rätsel.«

O-Ton Günter Burkhardt, Pro Asyl:

»Der Bund ist gefordert hier Mittel bereit zu stellen. Und es muss eine gemeinsame Anstrengung sein von Bund, Ländern und Kommunen, Flüchtlingen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.«

In Ludwigshafen hat die Stadt mittlerweile reagiert: In die für Flüchtlinge vorgesehenen neuen Häuser, die hier bald gebaut werden, könnten irgendwann – vielleicht – auch mal einige der alten Anwohner einziehen. Das teilt uns die Stadt mit. Die Stimmung hier ist allerdings längst vergiftet.

O-Ton, Markus Trabold, Anwohner:

»Und das alles für die guten neuen Mitbürger. Dankeschön, kann ich nur sagen, deutscher Staat. Wir werden unterdrückt und die kriegen Puderzucker in den Arsch geblasen.«

Frage: Haben Sie jetzt was gegen Flüchtlinge?

O-Ton, Nikolaus Röder, Anwohner:

»Nein, ich habe nichts gegen die. Aber die sollen uns auch Wohnungen geben.«

O-Ton, Heinz Opp:

»Da kriegt man halt den Zorn auf die Asylanten, auf die Flüchtlinge, persönlich. Das ist aber, glaube ich, irgendwie verständlich.«

Frage: Das liegt aber eigentlich gar nicht an den Flüchtlingen, sondern daran, wie es hier läuft, oder?

O-Ton, Heinz Opp:

»Das liegt an unserem deutschen Staat! Guten Tag Frau Merkel!«

Verständlicher Frust auf die Politik, aber auch offene Wut auf Flüchtlinge. Davon könnten Rechtsextreme profitieren.

Ludwigshafen-Mundenheim – im Moment noch ein extremes Einzelbeispiel. Doch der überall fehlende Wohnraum in Deutschland für die Schwächsten der Schwachen kann auch andernorts das Klima vergiften.

Abmoderation Fritz Frey:

Natürlich wollten unsere Reporter auch wissen, wer jetzt in der Pflicht ist, um erschwinglichen Wohnraum zu schaffen. Das Ergebnis: Eigentlich alle – Bund, Länder, Städte und Gemeinden.

Doch jeder geht das Problem auf seine Weise an und verweist gern auf die Verantwortung des anderen. Was fehlt, ist eine zentrale Koordination. Warum es die bislang nicht gibt, das haben unsere Autoren auch die Bundeskanzlerin gefragt. Geantwortet hat sie bis jetzt nicht. Was die Bundesländer geantwortet haben, dazu eine Übersicht auf reportmainz.de.

Links:

Informationen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Unterbringung von Flüchtlingen

https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/EMN/Nationale-Studien-WorkingPaper/emn-wp55-organisation-und-aufnahme-asylbewerber.pdf?__blob=publicationFile

Aktuelle "Schlüsselzahlen" des BAMF:

http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Flyer/flyer-schluesselzahlen-asyl-halbjahr-2015.html;jsessionid=AA6E59F03DD5A54D56BDA3E9C32A5067.1_cid359?nn=1366152